



Nazi-Paradiese

Inhalt:

Paradies Albersdorf	2
Paradies Erfde	2
Paradies Kehl (Rhein)	2
Paradies Theuern (Thüringen)	3
Paradies Schmiedeberg	3
Paradies Maichingen	4
Paradies Koburg	4
Paradies Braunschweig	6
Paradies Mecklenburg-Strelitz	6
Paradies Thüringen	7
Nazi-Blüten — Reiniger und Erneuerer	7
Ehrenamt und Geschäft — Eigennutz und Korruption	9
Parteibuchbeamte	11
Freunde der Beamten	12
Gegen die Aermsten	14
Besondere Heldentaten	15
Unfähig für praktische Arbeit	16

in den Gemeinden



1932

Zusammengestellt von der
Kommunalpolitischen Zentralstelle beim Parteivorstand (SPD)

A22743

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H., Berlin SW 68.

Nazi-Paradiese

Keine Ausreden mehr! Immer noch operieren die Nazis mit der Ausrede, sie seien zwar die Stärksten, aber die bösen Gegner ließen sie nicht an die Macht, sie hätten also noch nicht zeigen können, was sie zu leisten imstande seien. Wir zeigen nun eine kleine Auswahl von Nazi-Paradiesen, wo Nationalsozialisten regieren und überall nicht nur völlig versagt haben (das wäre noch erträglich sondern wo sie bewußt oder aus völliger Unfähigkeit zur Katastrophe treiben.

Paradies Albersdorf

Wo die Nazis herrschen. Eine Revision der Gemeindekasse in Albersdorf. (hier regiert die Hitlerpartei) hat einen Fehlbetrag von reichlich RM. 4000.- ergeben. Außerdem stellte die Revision fest, daß 'Steuertückstände von etwa RM. 25 000.- vorhanden sind, für die keine Stundungsgesuche der Schuldner oder Niederschlagungsbeschlüsse der Gemeindevertretung vorhanden sind. Zum Teil sind die Steuern bereits verjährt. Der Gemeindevorsteher wurde seines Amtes enthoben. (Soz. Gemeindeblatt Chemnitz Nr 6/1932.)

Paradies Erfde

Nazis am Ruder. In dem kleinen Ort Erfde haben die Nazis nach den letzten Wahlen Einfluß erhalten. Folge: erhebliche Finanz-Schwierigkeiten.. Die Gemeinde ist soweit „erneuert“, daß die Auszahlung der Wohlfahrtsunterstützungen eingestellt werden mußte. So bringt der Hitler-Sozialismus der Arbeiterschaft Hilfe. (Volkswacht Luckenwalde, 17. 12. 1931.)

Paradies Kehl (Rhein)

Die Nazipartei an der Macht. Hier haben ihre Vertreter es in der Hand, ihr kommunalpolitisches Programm zu verwirklichen. Erste Arbeit der Nazifraktion im Kehler Rathaus war, daß sie den stellvertretenden langjährigen und verdienstvollen Bürgermeister, den Sozialdemokraten Baumgärtner, absetzte und den Posten einem mit Nazi-Parteibuch versehenen übertrug. Von der Arbeit des stellvertretenden Nazi-Bürgermeisters hat man bis jetzt nichts weiter gehört, wie daß er in seinem Amtszimmer an Stelle des Ebert-Bildes ein Bild Hitlers anbrachte! Weiter hat dieser Herr Henftennagel, der Mitinhaber einer Druckerei ist, ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst beantragen müssen, weil von ihm von politisch nahestehender Seite behauptet wurde, er habe bei Vergebung von städtischen Druckereiaufträgen die Druckerei, deren Teilhaber er ist, bevorzugt!

Vor lauter gegenseitigem Stunk, Mißtrauen und Eifersucht kommt die Nazifraktion sowohl im Gemeinderat wie auch im Bürgerausschuß gar nicht dazu, praktische kommunale Arbeit zu leisten. Vom Sparen, wovon sie vor den Wahlen so großartig sprachen, ist nicht

das geringste zu merken; im Gegenteil, gerade ihre unsinnigen Anträge haben der Gemeinde vermehrte Ausgaben gebracht. Da man mit Sprüchen und Agitationsphrasen einen Gemeindehaushalt nicht ausbalancieren kann, mußten auch die Kehler Nazi die erhöhte Biersteuer, die Getränkesteuer und die Bürgersteuer einführen. Nicht einmal einen geordneten Voranschlag brachten sie zustande, vielleicht die einzige Ersparnis, daß sie die Druckkosten des Voranschlage8 sparten. Wochenlang beriet der Gemeinderat den Voranschlag, um ihn am Ende doch abzulehnen, so daß der Bezirksrat den Voranschlag aufstellen sollte, der aber auf diesen Auftrag auch verzichtete. Das Glück der Notverordnung befreite die Nazi-Kommunalpolitiker aus ihren Verlegenheiten. „Gott sei Dank“, seufzte ein Nazi-Gemeinderat, „am Ende hätten wir doch noch ja sagen müssen!“

Die zwei Jahre Rathausarbeit der Nationalsozialisten bedeuten ein zweijähriges Fiasko. Nicht den geringsten Fortschritt haben sie erzielt, Not und Elend bestehen in Kehl weiter wie anderwärts!

Paradies Theuern (Thüringen)

Im Landtag von Thüringen gab der sozialdemokratische Abgeordnete Gr ü n d l e r folgenden Einblick in ein Nazi-Paradies:

„In Theuern sitzt ein Nationalsozialist als Bürgermeister, der Oberförster Dr. Schnell. Und da ist mir jetzt folgendes mitgeteilt worden: Dieser Nationalsozialist Dr. Schnell hat seine eigenen Unterstützungsrichtsätze in Theuern. Es entfallen auf jeden Erwerbslosen RM. 7.50 im Monat. Dazu tritt dann der Zweidrittelanteil des Kreises, das ergibt einen Unterstützungssatz von durchschnittlich RM. 22.50 monatlich (!!)

Wie diese Bemessung der Wohlfahrtsunterstützung durch den Nazi-Bürgermeister sich auswirkt, dafür einige Beispiele:

Ein Arbeiter mit Frau und Kind erhält eine Unterstützung von RM. 21.- monatlich. Davon muß er allein für die Miete RM. 8.- zahlen; es bleiben ihm also RM. 13.- für den Monat, das sind RM. 3.- für die Woche. Also Herr Dr. Schnell zahlt einem arbeitslosen Arbeiter mit Frau und Kind RM. 3.- wöchentliche Unterstützung aus. Nach den Richtsätzen müßte derselbe Arbeiter RM. 39.- monatlich bekommen. Herr Dr. Schnell zahlt also RM. 18.- weniger aus (Hört, hört!) Ein anderer Arbeiter mit Frau und vier Kindern erhält RM. 30.- im Monat. Nach den Richtsätzen müßte er RM. 57.- erhalten. Der Nazi-Bürgermeister zahlt also RM. 27.- weniger aus. Aber eines hat er allerdings getan, dieser Nazi-Bürgermeister: er hat Adolf Hitler zum Ehrenbürger von Theuern ernannt. Das paßt dann zusammen.“

Paradies Schmiedeberg

Bad Schmiedeberg, die Nazi-Hochburg bei Halle, hat einen großen **Kommunalskandal**, der mit der plötzlichen Amtsenthebung und Verhaftung des Bürgermeisters Kollé endete. Der der äußersten Rechten

angehörige Bürgermeister hatte sich vor etwa Jahresfrist RM. 3000.- als nachträgliche Dienstkostenentschädigung für 1924 bis 1929 auszahlen lassen. An das Sparkassenkuratorium, dessen Vorsitzender er war, sind auf seine Veranlassung einige Jahre hindurch Beträge bis zu RM. 150.- pro Person gezahlt worden, und schließlich hat der Sparkassendirektor mehrfach als Gratifikation Beträge von RM. 500.- erhalten. Auf diese Weise hat diese nationale Gesellschaft die schwer unter der Wirtschaftskrise leidende Stadtgemeinde um rd. RM. 13 000.- geschädigt. Vor kurzer Zeit gelang es Herrn Kolle noch, im Stadtparlament einen Beschluß auf Errichtung eines Denkmals für seine eigene Person durchzusetzen. Die Einweihung wird durch die Verhaftung wohl eine kleine Verzögerung erfahren. Die Hugenberg-Presse hat inzwischen die Schamlosigkeit besessen, den „nationalen“ Bürgermeister Kolle der Sozialdemokratie anzuhängen! (Volksblatt Halle, 7. Sept. 1932.)

Paradies Maichingen

Paradiesfrüchte für die eigene Tasche. In Maichingen bei Boblingen in Württemberg wurde von 3/4 Jahren der Nazimann Zitzmann zum Bürgermeister gewählt. Er hat während seiner Amtstätigkeit erhebliche Beträge anstatt in die Gemeindekasse in seine eigene Tasche fließen lassen. Um ca. RM. 4000.- soll der Nazi-Bürgermeister die kleine Gemeinde geprellt haben. Das Ergebnis der kriminalpolizeilichen Vernehmung muß für Zitzmann nicht erbaulich gewesen sein: er ist seitdem — spurlos verschwunden!!! (Echo vom 9. 8. 1932.)

Paradies Koburg

Koburg unter nationalsozialistischer Herrschaft heißt ein ausgezeichnete und ausführlicher Artikel von dem Koburger Stadtrat Gen. Otto Voyé in Heft 7 der „Gemeinde“ (Seite 314-320), der mit dem Märchen-Paradies der Nazis aufräumt.

Daß Schwindelflugblatt der Nazis über Koburg. Die Zwickauer Rede des Herrn Schwede wurde in der Zwickauer Zeitung in großer Aufmachung veröffentlicht, in allen Naziblättern nachgedruckt und sogar als Flugblatt gedruckt. Ein Wilhelmsburger Arbeiter hat nun an den verantwortlichen Unterzeichner des dort verteilten Koburg-Flugblattes geschrieben und um die Adresse irgend einer Koburger Familie gebeten, die von der Arbeit der Nazis besonderen Nutzen hat. Die Nazis haben wohl in Koburg eine solche Familie nicht auftreiben können, denn von der Gauleitung wurde dem Arbeiter offiziell mitgeteilt: „Eine Familie in Koburg ist uns leider nicht bekannt.“

Schwede gesteht **den Flugblattschwindel ein.** Von seinen schwungvollen Agitationsreden zurückgekehrt, wurden Herrn Bürgermeister Schwede im Koburger Stadtrat bei der Beratung des Haushaltsplanes wieder nüchterne Tatsachen und Zahlen vorgehalten. Auf diesen Widerspruch hingewiesen, erklärte Schwede plötzlich, daß man ihn doch nicht verantwortlich machen könne, wenn irgend ein blödsinniger Pressemensch seine Äußerungen entstellt wiedergäbe. Zu den blödsinnigen Pressemenschen gehört also auch der Schreiber

des offiziellen Flugblattes der Nazi-Partei. Wichtig ist, daß Schwede damit den ganzen Koburg-Schwindel der Nazis eingestehen mußte. (Volksstimme Mannheim, 17. 5. 1932.)

Der billige Jacob. Nazi-Flugblätter behaupten! Koburg sei die billigste Stadtverwaltung. Der Bürgermeister Schwede koste der Stadt keinen Pfennig. Das Volksblatt Halle hatte festgestellt, Schwede „mime den billigen Jacob“. In Wahrheit betragen seine „Einkünfte aus öffentlichen Mitteln rund RM. 13 000.- im Jahre, davon zahlte den größten Teil die Stadt Koburg. Vor dem Amtsgericht in Halle widersprachen die Nazis dieser Feststellung nicht und das Gericht gab der Beleidigungsklage in dieser Hinsicht nicht statt.

Wie es den Arbeitern in Koburg ergeht. Eine der ersten Taten der Nazimehrheit war, daß fünf Arbeiter (Mitglieder des Gesamtverbandes) aus den städtischen Betrieben hinausgeworfen wurden. Man stellte dafür vier Nazis und zwei Stahlhelmer ein. Der Gesamtverband setzte sich zur Wehr und die Stadt bezahlte RM. 300.- und die Kosten der Verhandlung vor zwei Instanzen.

Dann entließen die Nazis den freigewerkschaftlich organisierten Bademeister Bernreuther, der bei der Stadt nahezu 4 Jahre tätig war, wegen „Arbeitsmangels“, stellten aber zwei neue Leute (mit braunem Parteibuch) ein. Das Urteil erging auf Weiterbeschäftigung oder Zahlung einer Entschädigungssumme von RM. 400.-.

Der Freigewerkschaftler Roth der von den Arbeitern beim städtischen Bauamt zum Betriebsrat gewählt war wurde entlassen. Die Stadt wurde verurteilt, den Lohn nachzuzahlen und den Arbeiter weiterzubeschäftigen. Der Nazi-Bürgermeister wollte wenigstens erreichen, daß 13 der Arbeiter die Kosten des Prozesses bezahle, und setzte ihn außerdem um zwei Lohnklassen zurück. Der Nazi-Magistrat wurde gezwungen, Roth nach der alten Lohnklasse weiterzubeschäftigen.

Der neue Schlag des Nazi-Magistrats erfolgte am Pfingstdienstag: von den 74 beim städtischen Bauamt beschäftigten Personen erhielten 42, darunter sämtliche dem Gesamtverband angehörende Betriebsräte, die Kündigung. (Zehn Mann mit über 10 Jahren Dielzeit, ja Arbeiter mit 18-24 Dienstjahren.) Die Arbeit die bisher von 74 Arbeitern ausgeführt wurde, soll künftig von 32 erledigt werden. Ebenso hat der Nazi-Magistrat von den 114 Arbeitern der städtischen Versorgungsbetriebe jetzt 17 auf die Straße geworfen.

Der Zusammenbruch vor der Tür. In der Stadtratssitzung vom 2. September 1932 wurde von dem nationalsozialistischen Finanzdezernenten eine Entschließung eingebracht, in der es zum Schluß lautet:



„Der Stadtrat Koburg lehnt daher die Verantwortung für den **in greifbare Nähe gerückten Ruin der Stadt** schon heute ganz entschieden ab. Der Stadtrat Koburg ersucht aber auch die Regierung von Oberfranken, das Staatsministerium des Innern auf die **drohende Gefahr des wirtschaftlichen Zusammenbruchs unseres städtischen Gemeinwesens** mit seinen



unübersehbarcn Folgen für die gesamte Bürgerschaft unserer Stadt aufmerksam zu machen und sich für grundlegende Hilfe tatkräftig einzusetzen"

Paradies Braunschweig

Nach Franzen kam Regime Klingges. Dieser Nazi-Innenminister hat auch die Kommunalpolitik in seinem Aufgabenkreis. Wie er die Sorge für die Gemeinden auffaßt, ist vernichtend.



Das kleine Braunschweig mit rund 500 000 Einwohnern hat 14 Städte. Von diesen stehen nicht weniger als 11 jetzt schon ein Jahr lang ununterbrochen unter Zwangsverwaltung.

Die Stadtverordnetenversammlungen sind ausgeschaltet und an ihrer Stelle schalten und walten Staatskommissare. Auch in anderen Ländern hat man vorübergehend besonders auf Grund der Notverordnungen, Staatskommissare eingesetzt, um die Durchführung der verordneten Steuern zu erzwingen, wenn die Gemeindevertretungen ihrer Einführung Widerstand leisteten. Von dieser diktatorischen Möglichkeit der Notverordnungen hat Hitlers Vertrauensmann mit besonderer Freude Gebrauch gemacht, aber er ließ es mit einer vorübergehenden Tätigkeit der Staatskommissare nicht bewenden, sondern schaltete die Gemeindevertretung vollkommen aus. Die braunschweigische Städteordnung sieht die Einsetzung eines Staatsbeauftragten nur für den Fall vor, daß „die Erhaltung oder Herstellung einer ordnungsmäßigen Verwaltung der Stadt auf anderem Wege nicht zu erreichen“ sei. Ein Staatskommissar soll also nur solange tätig sein, wie die Fassung und Durchführung der notwendigen Beschlüsse es erforderlich machen.

Die Stadt Braunschweig hatte — weil sie die Einführung der Biersteuer ablehnte — nicht etwa durch Zwangsetatisierung die Steuer Giktiert erhalten, sondern Klagges nahm die Gelegenheit wahr und schickte einen Staatskommissar, der die Rechte der Stadtverordnetenversammlung übernahm und seit rund einem Jahr die Stadtverordneten in allen Dingen ausschaltet offizielle Gesuche des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung, den Kommissar, der seine Aufgabe längst erledigt hat. abzubrufen, beantwortet Klagges überhaupt nicht

Paradies Mecklenburg-Strelitz

„Gegen die arbeitende Bevölkerung“ ist die Devise. Deutschnationale und Nazis bilden hier zusammen eine Regierung. Was bringt der neue Etat? Er ist um rund ein Fünftel gekürzt worden, ebenso ist die Regierung dabei, sich für mehr als eine Million Mark neue Einnahmen zu verschaffen und zwar in erster Linie durch Einführung einer Schlachtsteuer, die die Verbraucher ganz erheblich belastet. Da diese „Steuer“ jährlich RM. 330 000.- erbringen soll und Mecklenburg-Strelitz nur 110 000 Einwohner hat, sind also pro Kopf der Bevölkerung rund RM. 3.- neue Steuern zu zahlen. Die bisher von der Linksregierung ausgegebene Mietbeihilfe von RM. 125 000.- wird auf RM. 75 000.- herabgesetzt. ebenso werden die Wohlfahrtsbeihilfen für die Gemeinden gestrichen. desgleichen der Ausgleichsfonds für notleidende Gemeinden in Höhe von RM. 60 000.-

Ferner haf die deutschnational-nationalsozialistische Regierung folgende Einschränkungen vorgenommen: Schließung des Landestheaters, Streichung der bisher zur Verfügung gestellten Gelder zum Bau von Landarbeiterwohnungen, Herabsetzung der Zuschüsse für wohltätige Zwecke. An den Volks- und höheren Schulen sind 14 Lehrerstellen gestrichen worden. Die von den Eltern beantragte Herabsetzung des Schulgelde8 wurde abgelehnt. (A. D. B. 2. vom 7. 5. 1932.)

Paradies Thüringen

Die kommunalpolitische Bilanz der Frick-Herrschaft in Thüringen hat der thüringische Landtagsabgeordnete Kurt Böhme mit allen Einzelheiten im Heft 22 Seite 1038-45 der Zeitschrift „Die Gemeinde“ gezogen.

Nazilügen von Minister Baum widerlegt. Die Nazis haben in ganz Deutschland Propaganda mit der Behauptung gemacht, daß Frick in dem Jahre 1930 seiner Ministertätigkeit den Staatshaushaltsplan ausgeglichen und die Schulden Thüringens beseitigt hat. Am 31. März 1932 hielt der Staatsminister Baum im Thüringischen Landtag seine Etatarede und bewies, daß der Etat für 1930 (das Wirkungsjahr Fricks) einen Fehlbetrag von RM. 10 349 000.- aufweist. Erst als Frick gegangen worden war, konnten die Finanzen des Landes günstiger gestaltet werden. Das Etatsjahr 1931 ohne Frick weist nach den vorläufigen Abschlüssen ein Defizit von RM. 1808 600.- auf. Die Staatsschuld habe im Jahre 1924 nur rund RM. 92 400.- betragen (das ist das günstige Erbe der sozialistischen Regierung, das gründlich verwirtschaftet wurde). 1930 habe sie unter Frick die erstaunliche Höhe von RM. 9 300 000.- erreicht. (Volksblatt Mülhausen 1. 4. 32.)

Nazi-Blüten

Reiniger u-Erneuerer Deutschlands

Programm: Unter 20 des kommunalpolitischen Programms wird gefordert:



„Ein untadeliges Berufsbeamtentum, das die Voraussetzung ist für eine gesunde und saubere Gemeinewirtschaft.“

Punkt 18 des Nazi-Programms von G. Feder lautet:



„Wir fordern den rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemeininteresse schädigen. . .“

Die Praxis zeigt daß dieser rücksichtslose Kampf in der eigenen Nazi Partei am allernotwendigsten ist. Die Nazis beschimpfen ihre Gegner zwar als Untermenschen, in der Praxis ist die Nazi-Partei jedoch de Unterschluß für lichtscheue Gesellen

Ein richtiger Betrüger. Der Nazisteuersekretär Gustav Bröcker in Seehausen wurde vom Schöffengericht in Strndal wegen „Amtsunterschlagung“ fortgesetzt. Urkundenvernichtung fortgesetzt. Untreue und Betrug mit Gefängnis bestraft (Volksstimme Magdeburg, 18. 12. 31.)

Eine feine Marke ist der nationalsozialistische Stadtobersekretär Göhre in Halle. Er veruntreut Gelder, begeht dann einen Einbruch zur Beseitigung von 900 Kassenbelegen und läßt sich darauf von zwei Erwerbslosen gegen ein Honorar von RM. 800.- überfallen. Verdächtig wurde der Raubüberfall, weil sich Göhre kurz vorher mit, RM. 18 000.- gegen jeden Unfall versichern ließ. (Volksblatt Halle, 14. 1. 1932.)

Ein „tüchtiger“ Nazi-Gemeindevorsteher. In Petersberg (Bezirk Halle) wurde der Gemeindevorsteher von der Polizei verhaftet, Er ist Nationalsozialist und trieb sich tagsüber mit seinen Nazigenossen in Lokalen herum. Um die Unstimmigkeiten in der Gemeindekasse zu vertuschen, fingierte er einen Einbruch und lief zur Polizei, wo er die Kommunisten des Einbruchs bezichtigte. Die Polizei überführte ihn aber der Tat. (Soz. Gemeindeblatt 18/1932.)

Unterschlagung. Im Bericht über eine Stadtverordnetenversammlung in Ludwigslust (Volkszeitung vom 24. 11. 1931) berichtet der bürgerliche Bürgermeister über den Nazi-Stadtverordneten Kosbi:

„Kosbi ist im Jahre 1927 zum Rendanten ernannt worden, nachdem er bereits 4 Jahre beim Rat beschäftigt war. Beim Renn- und Turnierverein ist K. Kassierer gewesen. Zu einer Rennveranstaltung hat der Rat RM. 5000.- als Darlehen für eine Verlosung gegeben. Die Summe sei später zurückgezahlt worden. Aber wie sich jetzt herausstellt, ist diese Summe verbucht, aber vom Rendanten Kosbi unterschlagen worden. Dabei ist die Unterschrift des Vorsitzenden gefälscht.“

„Weiter erklärt der Bürgermeister:

daß nicht RM. 20000.- fehlen, sondern tatsächlich RM. 87 000.-.

III

Landesverräter als Kandidat. Vor dem Gericht in Neustadt/a. d. Haardt entpuppte sich der dortige Bauunternehmer Otto Selmar als Separatist schlimmsten Kalibers. Er hat u. a. einen deutschen Beamten bei den Franzosen denunziert und dessen Ausweisung erwirkt. Selmar war also würdig genug, um bei der Stadtratswahl an aussichtsreicher Stelle auf der Nazi-Liste zu kandidieren. Er zog seine Kandidatur jedoch zurück, weil er bei evtl. Wahl auf städtische Arbeiten nicht verzichten wollte. Während der Reichstagswahl war S. Propagandaflyer für die Nazi. Trotzdem seine landesverräterische Tätigkeit gerichtsnotorisch ist, darf er sich nach wie vor in der NSDAP. betätigen. (Volksblatt Halle, 8. 12. 1931.)

Eine feine Zierde fürs „Dritte Reich“ ist der wegen Diebstahls, Hehlerei und Unterschlagung bereits mit Gefängnis und Zuchthaus vorbestrafte SA-Mann und -führer Fritz Wunderlich in Leipzig, der jetzt von der SA.-Leitung nach Mitteldeutschland berufen wurde. Wunderlich wurde von der Reichwehr und der Hilfspolizei wegen verschiedener Vergellen entlassen. Dann wurde er Führer des Bundes Sachsen im Reich. Wegen Unterschlagung von Mitgliedsbeiträgen wurde er kaltgestellt. Später gründete er den „Schlageterbund“-

Auch in dieser Organisation veruntreute er Gelder und wurde bald seines Amtes enthoben. Die Nazi-Partei nahm ihn in ihre Reihen auf. So fand er bei Hitler Unterschlupf und wurde bald zum SA.-Führer ernannt. Bei der letzten Stadtverordnetenwahl war er an vierter Stelle auf der Nazi-Liste aufgestellt. Da aber nur drei Nazis gewählt wurden, so blieb das Stadtparlament von einem Hochstapler schlimmster Art verschont. Die Nationalsozialisten überließen Wunderlich andere Ehrenämter. Er wurde u. a. Fürsorgepfleger und hatte als solcher die Allerärmsten zu betreuen. Er scheute sich nicht, die Unterstützungsberechtigten um die wenigen Groschen Unterstützung zu pressen. Das Geld verbubelte er in teuren Lokalen mit seinen Freunden und lebte in Saus und Braus. Trotz des schweren Verbrechens wurden dem Nazihelden noch mildernde Umstände zugebilligt. Er wurde vom Schliffengericht nur zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Obwohl die Nazipartei von den Schandtaten dieses Führers Kenntnis hat, deckt sie ihn und nimmt ihn in Schutz. (Volksblatt, Zwickau, vom 6. 11. 31.)

Ehrenamt und Geschäft Eigennutz und Korruption

Programm: Punkt 2 c des Nazi-Kommunalprogramms lautet:

„Verbot der Uebernahme gemeindlicher Arbeiten und Lieferungen durch gemeindliche Beamte, Angestellte, Stadtverordnete (Bürgerschaftsmitglieder) und Stadträte (Gemeinderäte).“

Dieser Programmpunkt **ist** aus dem sozialdemokratischen Kommunalprogramm gestohlen.

Ein anderer schöner Satz, der im Programm als die Grundlage nationalsozialistischer Arbeit bezeichnet wird, lautet:

Gemeinnutz vor Eigennutz

Die Praxis hat gerade bei diesen Punkten gezeigt, daß die Nazis jederzeit bereit sind, ihr Programm zu verraten. Ein paar neue Fälle sollen hier aufgezeigt werden.

Verrat in Lage: Hier brachte die SPD.-Fraktion den obigen Punkt 2 c als Antrag ein. Die Nazis brachten in der Stadtverordnetenfraktion denselben Antrag ein und stimmten dafür. Der sozialistenreine Stadtrat ließ durch den Bürgermeister erklären, daß er **einmütig** – also mit den Stimmen der Nazi-Stadträte – den Antrag ablehne.

Verrat in Detmold: Hier brachte die SPD. ebenfalls diesen Antrag ein. Die Nazis, deren Stimmen zur Annahme notwendig waren, stimmten **gegen** diesen Antrag und damit gegen ihr eigenes Programm. (Volksblatt, Nr. 18/19 III. 1932.)

Gemeinnutz oder Futterkrippe: Der Nazi-Stadtverordnete K. Seifert in Elsterberg bat um Entbindung von seinem Mandat. Begründung: Er habe geglaubt, bei den Nationalsozialisten würde nach dem Grundsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ verfahren, er habe aber das Gegenteil erfahren müssen. Die Erkenntnis kam ihm, als der Naziführer Falk sich um den Bademeisterposten bewarb, Seifert aus sachlichen Gründen aber gegen Falk stimmte und selbstverständlich von der Nazi-Fraktion einen gehörigen Wischer erhielt! (Soz. Gemeindeblatt Nr. 16/1931).

Eigennutz: Dem Plauener Stadtrat gehört ein Zementbauunternehmer als Nazimann an. Bei Bauvergebungsfragen legt er ein allzu großes persönliches Interesse an den Tag, das so stark war, daß sein Pg. Stadtrat und M. d. R. Lenk dem Zementunternehmer in der Sitzung Interessenpolitik vorwarf. (Soz. Gemeindeblatt Nr. 1S6/1931.)

Er sorgt für seine Tasche. Der ehemalige Handlungsgehilfe, der sogenannte „Staatsrat“ Thüringens, Marschler, redete und schimpfte über die „schmarotzenden roten Bonzen“. Er selbst ist gegenwärtig Bürgermeister der thüringischen Stadt Ohrdruf. Obwohl er noch ein ganz junger Mann ist, hat sich Herr Marschler bei seiner Anstellung 18 Dienstjahre anrechnen lassen, trotzdem er nie in staatlichen Diensten beschäftigt war. So bekommt er neben reinen Landtagsdiäten von der kleinen Stadt (7200 Einwohner) RM. 7740,-, nämlich Grundgehalt. RM. 6000,-, Wohnungsgeld. RM. 1080,-, Kinderzulagen: KM. 600,-. Vor sein Haus hat er einen alten Möbelwagen schieben lassen, der als Unterkunft für die SA.-Leute eingerichtet war, die ihn und sein Geld bewachen mußten (Volksstimme Mannheim, 2. 1. 1932).

Nazi-Korruption in Ludwigsburg. Ein früherer Chemiker, der sich später als Ingenieur ausgab, namens Glein, wurde in Ludwigsburg Ortsgruppen- und Bezirksleiter, Stadtrat, Fraktionsleiter und Landtagskandidat der Nazi Partei. Gegen die angebliche Korruption in der Stadtverwaltung wurde er aufs Rathaus gewählt. Kaum gehörte Glein dem Stadtrat an, als er ein sehr verdächtiges Interesse für die Lieferungen bekundete, die die Stadt und die Amtskörperschaften Ludwigsburgs zu vergeben hatten. Glein genügte es aber nicht, möglichst viele Aufträge auf dem gesetzlich einwandfreien Wege zu erhalten.

Er brachte es fertig, einen der nationalsozialistischen Partei angehörenden Beamten, den Direktor des städtischen Gaswerkes zu bestimmen, ihm eine Lieferung zu übertragen, die vom Gemeinderat durch förmlichen Beschluß, an dem Glein als Stadtrat mitgewirkt hatte, bereits einer anderen Firma zuerteilt worden war.

Jetzt hat das Ludwigsburger Bürgermeisteramt bekanntgegeben, daß Glein sang und klanglos sein Stadtratsmandat niedergelegt habe. (Hamburger Echo vom 9. 8. 1932).

Parteibuchbeamte

Programm: Fiehler sagt in „Nationalsozialismus und Gemeindepolitik“ Seite 69:

„Bei der Anstellung darf weder die Zugehörigkeit zu irgendeiner politischen Partei oder Interessengruppe, noch die Protektion maßgebend sein. Das Parteibuch, auch das der eigenen Partei, ist noch kein Befähigungsnachweis.“

Punkt 5 der Bedingungen, die die Nazis dem Zentrum für eine Koalition in Hessen stellten, lautete:

„Sofortige Entlassung aller Parteibuchbeamten ohne Pension.“

Das **Sofortprogramm**, das auf der Reichstagung nationalsozialistischer Beamtenvertreter am 20. 10. 1931 aufgestellt wurde, verlangt:

„Die durch Parteibuch und sonstige Beziehungen ohne Berufsbildung und Nachweis der Brauchbarkeit in die Verwaltung gekommenen Parteimänner sind sofort ohne Uebergang, Wartegeld und Ruhegeld zu entlassen.“

Die Praxis zeigt nicht nur, daß der typische Parteibuchbeamte Hitler ist, sondern deckt das ganze Programmgeschrei als Lüge auf.

Im „**Völkischen Beobachter**“ stand am 29. 12. 1931 folgendes Inserat:

Badedirektor für Borkum gesucht.

Die Gemeindeverwaltung Nordseebad Borkum sucht auf sofort einen festbesoldeten Badedirektor, der nach Bewährung auch die Geschäfte des Gemeindevorstehers ehrenamtlich übernehmen soll. Als Bewerber kommen in Frage: Volljuristen, Volkswirte, Diplomkaufleute oder auch abgebaute Verwaltungsbeamte. Offerten mit Gehaltsansprüchen sofort an **die** Gemeindeverwaltung Borkum. Abschrift an die NSDAP. Borkum. Postfach 146.

Die Parteibuchwirtschaft geht hier soweit, daß der Bewerber seine Bewerbung zugleich an die Ortsleitung der Nazi-Partei richten muß

Parteibuch und Sparsamkeit. In Baden-Baden traten die Nazi-Stadträte für Höhergruppierung des Bibliothekars der Lesehalle der Stadt ein. (Von Gruppe 9 nach Gruppe 10). Von den Sparabsichten war da nichts zu merken, denn . . . der Bibliothekar war von der SPD über das Zentrum bei den Nazis als Mitglied gelandet!!!! (Kommune Mannheim, Nr. 5/1931).

Postenjäger in Mecklenburg. Wir lassen da den Lokalanzeiger“ des Herrn Hugenberg wörtlich jammern;

„...Von einem Zusammengehen der nationalen Opposition war herzlich wenig zu spüren, da die Nationalsozialisten überall dort, wo sie über die absolute Mehrheit verfügen, von ihr einen wenig rücksichtsvollen Gebrauch gemacht haben. So kam es, daß z. B. in Parchim der der Rechten angehörende Amtshauptmann zugunsten des nationalsozialistischen Kandidaten fiel und in Rostock dem deutschnationalen Kandidaten ein nationalsozialistischer Kandidat entgegengestellt ist. Besonders kraß liegt der Fall in Parchim. Trotz der dringlichen Vorstellungen der Rechtsorganisationen, vor allem der Bauern, zugunsten des bisherigen Amtshauptmanns Rieck, gegen dessen sachliche Eignung nicht das Geringste von den Nationalsozialisten vorgebracht werden konnte, wählten diese einen Parteigenossen aus München. Man stelle sich die Unterhaltung des Bayern mit den mecklenburgischen Bauern vor! Für den Kreis bedeutet die Wahl auch eine finanzielle Belastung, da nunmehr für den bisherigen langjährigen Amtshauptmann Pension gezahlt werden muß Man hatte eigentlich gedacht, daß die Zeiten vorüber wären, wo die Besetzung unpolitischer Ämter unter rein parteipolitischen Gesichtspunkten erfolgte.“

Nazi-Minister ernannt sich selbst zum Oberregierungsrat. Das Mecklenburgische Hitlerkabinett besteht aus zwei Nazi-Ministern: Ministerpräsident Gramzow und Minister Dr. Scharf. Dieses Ministerium hat nun sein Mitglied Dr. Scharf zum Oberregierungsrat ernannt. Damit hat sich Nazi-Minister Scharf zeit lebens ein gutes Gehalt und eine gute Pension gesichert. Parteibuchwirtschaft oder die Erneuerung Deutschlands!

Fachleute oder Parteibuchbeamte? Von den vier Mannheimer Nazi-Stadträten mußten zwei wegen „gröblicher Pflichtverletzung und unwürdigen Verhaltens“ aus dem Stadtrat ausscheiden. Stadtrat Feit legte noch rechtzeitig sein Mandat nieder, während Nazi-Stadtrat Orth am 29. 12. 1931 disziplinarisch entfernt werden mußte. (Volksstimme Mannheim, 31. 12. 1931).

Freunde der Beamten

Theorie: Die Nazis spielen sich als die Freunde der Beamten auf, natürlich nur der Beamten, die sich schon jetzt zur Nazipartei bekennen. Mit Terror, Einschüchterung und Versprechungen haben sie schon manchen Beamten in ihre Partei bekommen.

Die **Praxis** zeigt sie freilich nicht als Freunde, sondern als Feinde der Beamten.

Gegen die Beamten und Angestellten: In der Stadt Oels in Schlesien haben die Nazis folgenden Antrag gestellt:

1. Alle Gehälter über RM. 300,- sind um 50 Proz. zu kürzen
2. Alle Gehälter v. RM.2-300,- sind um 25 Proz. zu kürzen
3. Die Pensionen sind um 50 Proz. zu kürzen

Die praktische Auswirkung offenbart den Unsinn. RM. 320,- minus 50 Prozent machen RM. 160,-. Aber RM. 280,- abzüglich 25 Prozent ergeben RM. 210,-.

Nur Gehaltsabbau! In Hecklingen bei Magdeburg haben die Nazis in der Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag gestellt.

„Die Gehälter der Beamten und Angestellten der Stadt werden weiter bis zu 30 (dreißig) Prozent gekürzt“.

Wenn man bedenkt, daß diese Gehälter schon durch zwei Notverordnungen erhebliche Kürzungen erfahren haben, fragt man sich, wie lange wollen die Angestellten und Beamten noch „Heil Hitler“ rufen? (Volkslehrer Nr. 12/1932).

Gegen die Kommunalbeamten. Die Nazis haben von ihren „Fachbearbeitern“ eine Denkschrift über „Die Beamtenschaft und die kommende nationalsozialistische Regierung“ anfertigen lassen. Für die Kommunalbeamten sind folgende Sätze interessant:

„Es ist eine feststehende Tatsache, daß bei den Besoldungsformen der Nachkriegszeit das Reich einschließlich Post und Bahn zweifellos noch den sparsamsten Weg gegangen ist, während Länder und Gemeinden und besonders letztere, hemmungslos gehandelt haben, so daß die ungeheure Verschuldung der Städte und Gemeinden mit auf ihre leichtfertige Besoldungspolitik und die Hand in Hand gehende Aufblähung des Behördenapparates zurückzuführen ist.“

Ungerechte Gehaltskürzungen: Im Mecklenburgischen Landtag haben die Nazis und Deutschnationalen beschlossen, die Gehälter der Lehrer über den dort auf Grund der Ermächtigungsvorordnung durchgeführten Gehaltsabbau noch weiter zu kürzen. (ADBZ. vom 10. 5. 1932)

Beschimpfung der Beamten. Der Gauleiter der Nazi für Sachsen, der Reichstagsabgeordnete und Fabrikant Mutschmann, hatte den Lehrerstand durch die Äußerung

„Lehrersein ist organisierter Müßiggang“

verunglimpft. 17 Nazilehrer wandten sich darauf beschwerdeführend an die Reichsleitung nach München. In dem Untersuchungsausschuß wurden sie als Angeklagte behandelt und schließlich durch die Drohung und wutentbrannten Worte Mutschmanns: „Raus mit dem Zeug! Schmeißt das Zeug raus!“ von uniformierten SS.-Leuten umstellt.

So geschehen am 11. Juli 1931. (ADRZ. vom 16. 10. 1931).

Gegen die Aermsten

Theorie: In Versammlungen, Flugblättern, Plakaten etc. wird den Aermsten der Armen das Paradies auf Erden versprochen. So fangen die Nazis mit den verrücktesten Versprechungen die Stimmen der Verzweifelten während der Wahl. Nachher in der

Praxis zeigt sich das wahre Gesicht der Arbeiterfreunde. Hier einige neue Beispiele:

Das Elend – ihr Ziel: In Bad Tennstadt erklärte der Naziführer Stecker den Arbeitern:

|||| „Jetzt arbeitet ihr kurz und in wenigen Wochen wird der Betrieb vollständig stillgelegt und dann haben wir gesiegt!“

Deutlicher kann man die Arbeiterfeindlichkeit nicht in Worte fassen (Volkszeitung Eisenach, 25. 9. 1931).

Ein wahrer Zwischenruf: Im Augsburger Gesamtstadtrat rief der Nazi-Stadtrat Schneider am 23. 10. 1931 dazwischen:

|||| „daß es sie, die Nationalsozialisten gar nichts angehe, ob und woher Geld für die Wohlfahrtserwerbslosen komme!“ (Schwäbische Volkszeitung, 24. 10. 1931).

Gegen die **Aermsten:** Als bei den Haushaltsplanberatungen in Meißen über den ordentlichen Etat keine Einigung erzielt wurde, bat der Oberbürgermeister, wenigstens den Notetat zu verabschieden, da er sonst nicht in der Lage sei, die nächsten Unterstützungen für die Wohlfahrtsempfänger auszuführen. Die Nazis stimmten dem Notetat nicht zu! (Soz. Gemeindeblatt Nr. 16/1931).

Gegen die Arbeitslosen: Bei der Beratung des Haushaltsplanes in Curslack b. Hambg. forderten die Sozialdemokraten bei öffentlichen Arbeiten die Beschäftigung von Erwerbslosen bei Tariflohn. Die Bürgerlichen waren dagegen und erklärten, Wegelöhne seien überflüssig, sie zu zahlen könne man „gar nicht verantworten“. Auch der Nazi-Yuradert erklärte, die Erwerbslosen sollen „doch nicht auf den Tarif gucken“. Seiner Meinung nach soll sich die Gemeindevertretung nicht um solche Dinge kümmern und die Erwerbslosen sollen keinen Tariflohn beanspruchen. (Volksblatt Bergedorf, 8. 3. 1932.)

Gemeinheit gegen die Erwerbslosen. Die Landgemeinde Ahrensböck will ihre Wohlfahrtserwerbslosen bei den Bauern unterbringen zum Wald- und Knickenroden für RM. 2.— pro Rute. Der Normalpreis beträgt zwar RM. 4.—, aber die Gemeinde hat kein Geld und die Erwerbslosen sind einverstanden. Doch die Nazis protestieren! Die braunen (eigentlich grünen) Jungen haben sich — obwohl sie in voller Arbeit stehen — angeboten, die Arbeiten in ihrer Freizeit für **50 Pfennig pro Rute zu machen!** (Lübecker Volksbote, 13.1. 1932.)

Gegen die Winterhilfe: Im Oktober 1931 lehnten die Nazis mit den Rechtsparteien im Braunschweigischen Landtag den Antrag auf Zahlung einer Winterbeihilfe an die Hilfsbedürftigen (die vier Jahre lang hintereinander gezahlt wurde) ab.

Hin und her: In Blankenburg/Harz stimmten die Nazis einem KPD.-Antrag auf Unterstützung der Arbeitslosen zu. In der nächsten Sitzung hoben sie wegen Irrtums den Beschluß wieder auf. Dumm, aber ehrlich!! (Gemeindepolitik Nr. 2/1931.)

Gegen die Armen: In der Plauener Stadtverordnetenversammlung stellten die Nazis den Agitationsantrag, die Stadtverordnetenanzahl von 61 auf 51 zu vermindern. Als ihnen vorgeschlagen wurde, die Diäten für ihre 10 Vertreter dem Wohlfahrtsausschuß zu überweisen, schrie der Nazimann Hartmann:

|||| „Das Geld bekommt die aufgelöste SA., die hat das Geld nötiger.“

Bei einer Auseinandersetzung über die Zwangsaussetzung eines Mieters rief der Nazi-Stadtverordnete Koch:

|||| „Die Erwerbslosen sind Faulenzer, das ist doch eine Tatsache, die wollen doch nicht arbeiten.“

(Sachs. Gemeindezeitung Nr. 9/1932.)

Herunter mit den Unterstützungssätzen: Im Kreisaußschuß Detmold war die erste Arbeit der nationalsozialistisch-bürgerlichen Mehrheit, die Unterstützungssätze der Wohlfahrtserwerbslosen herabzusetzen. Die sozialdemokratische Fraktion protestierte erfolgreich dagegen und die Landesregierung versagte dem Beschluß die Bestätigung (Gemeinde Nr. 12/1932.)

Besondere Heldentafen

Brechung der Zinsknechtschaft in Freiburg/i. Br.: Die Stadt wollte ein privates Waldgrundstück zu sehr billigem Preis (pro qm etwa 7,3 Pfg.) kaufen. Die Nazis erklärten nein, das in den Wald gesteckte Kapital lasse nicht die Verzinsung erwarten, wie sie bei den Banken üblich ist. (Kommune Nr. 2/1931.)

Ein „würdiger“ Brecher der Zinsknechtschaft. Das Kreisaußschußmitglied Hofbesitzer Müller in Winsen b. Hannover. führt auch im Kreisvorstand des Landbundes und in der Landwirtschaftskammer als rechter Nazimann das große Wort. Er hat noch in der letzten Jahresversammlung des Kreislandbundes Winsen auch in starkem Maße mitgeholfen. eine Entschließung durchzudrücken nach der sich die Herren Landbündler des Kreises Winsen verpflichten, bei Zwangsversteigerungen keine Gebote abzugeben und jeden, der diese Verpflichtung durchbricht, zu ächten.

Dem Hofbesitzer Müller gegenüber hat ein Pächter Verpflichtungen, die durch lange Arbeitslosigkeit in schwere Notlage gekommen ist. Müller erinnerte sich nicht etwa des Beschlusses, sondern kündigte dem Pächter nicht nur sein Pachtland im Umfange von **11/2 Morgen** fristlos, sondern machte auch eine Klage auf Zahlung von RM. 126.- anhängig. Außerdem forderte er **9 Prozent Zinsen** für die rückständigen Pachtzahlungen, sowie RM. 5.- Gebühren für die Zurücklegung des 3 Kilometer langen Weges von seiner Wohnung zum Rechtsbeistand. Das Klageverfahren führte zu einer allerdings fruchtlosen Pfändung. Das genügte dem Verpächter nicht. Er ließ

dem Pächter durch seinen Rechtsbeistand den Offenbarungseid abnehmen, nachdem er vorher Haftbefehl gegen ihn beantragt hatte.

Brechung der Zinsknechtschaft in Lage? Der Staat hatte erhebliche Flächen für Siedlungsgelände zur Verfügung gestellt. Das Straßengelände war von der Stadt angekauft und der Kaufpreis vom Staat zunächst zinslos gestundet. Erst vom 1. April v. Js. ab mußten 4 Prozent Zinsen gezahlt werden. Der Stadtrat, der von zwei Nazis und einem Bürgerlichen besetzt war, beschloß, diese Zinsen auf die Anwohner umzulegen. Anstatt der von der Stadt zu zahlenden 4 Prozent beschloß aber der Stadtrat, von den Anliegern 5 Prozent zu erheben. Als die Sozialdemokraten diese Dinge in der Stadtverordnetenversammlung zur Sprache brachten, wies der Bürgermeister aus dem Protokoll der Stadtratsitzung nach, daß dieser Beschluß im Stadtrat einmütig gefaßt sei.

Unfähig für praktische Arbeit

Unfähigkeit als Prinzip: In Bühlertal in Baden haben die Nazis einen Bürgermeister namens Fauth. Sie waren beglückt und begrüßten ihn mit einem Fackelzug. Als nun der Bürgermeister seinen Etat 1931/32 vorlegte, lehnte die Nazifraktion ihrem Bürgermeister den Etat ab. Grund: Aus Prinzip! (Kommune Nr. 9/1931.)

Unfähigkeit: In der Kasseler Stadtverordnetenversammlung baten sie im März 1932 die zur Verhandlung stehenden Nazi-Agitationsanträge zurückzustellen. Der Nazimann Moog begründete das damit, daß die anwesenden nationalsozialistischen Stadtverordneten die Anträge nicht begründen könnten, weil ihr Pg. Freisler nicht anwesend sei und er das Material in seiner Aktentasche trage. (Kasseler Volksblatt, 24. 3. 1932.)

Hetze und Erpressung: In der Aachener Stadtverordnetenversammlung vom 21. 10. 1931 erzählte der Oberbürgermeister Dr. Rombach folgende Unterredung mit dem Nazi-Stadtverordneten Dr. Schönebeck:

„Vor mehreren Wochen ersuchte mich Herr Dr. Schönebeck (Nazi), bei einer persönlichen Besprechung doch dafür einzutreten, daß seiner Partei die städtischen Säle überlassen würden . . . Ich erwiderte ihm, daß ich in dem zuständigen Ausschuß von 19 Stimmen nur eine hätte, worauf Herr Dr. Schönebeck entgegnete:

Wenn Sie es nicht durchsetzen, dann werden wir in derselben Weise weiter gegen Sie hetzen wie früher!“

(Freie Presse, 22. 10. 1931.)

Angetrunkene Stadtverordnete! Wie ernst die Nazis ihre Arbeit in den Städten nehmen, zeigte die Stadtverordnetensitzung vom 21. 11. 1931 in Kassel. Der Nazi-Stadtverordnete Plock, der die Nazi-Anträge begründen wollte, war angetrunken und nicht mehr ganz sicher auf den Beinen. (Kasseler Volksblatt, 3. 11. 1931.)

Druck: Clemens Hengsbach & Co., Duisburg, Marienstraße 29.